

Anlage in Heudorf soll erweitert werden

Planungsausschuss empfiehlt Bebauungsplan / Löst hohes Elefantengras den Maisanbau ab?

VON JOHANN SCHRIEFER

Worpswede. Die Bauleitplanung zur Erweiterung der Biogasanlage in der Heudorfer Straße 12 beschäftigte jetzt auch den von Helmut Tietjen (CDU) geleiteten Ausschuss für Umwelt, Planung und Infrastruktur der Gemeinde Worpswede. Es ging um die Aufstellung des Bebauungsplanes Nummer 79 und die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplans.

Der Verwaltungsausschuss hatte bereits am 8. Dezember 2010 entsprechende Beschlüsse gefasst. Inzwischen waren die Pläne öffentlich ausgelegt und zugleich den Behörden, Verbänden und anderen Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme vorgelegt worden. Bauamtsleiter Hermann Backhaus informierte, dass von

den Nachbarn keine und von den Behörden und Dienststellen keine wesentlichen Anregungen oder Bedenken vorgebracht wurden. Diplomingenieur Ferdi Plate vom Büro PlanForum Nord in Oyten stellte die Anlage vor und ging auf Details näher ein.

Hans Ganten, Ratsherr der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) nahm einen Hinweis des Landkreises auf. Danach sollten beim Anbau nachwachsender Rohstoffe die Belange der Landschaftspflege, des Naturschutzes und der Erholung berücksichtigt werden. Zudem müsse der Anbau so erfolgen, dass großräumige Monokulturen vermieden würden und die Vielfalt des Landschaftsbildes erhalten bleibe.

Friedrich-Karl Schröder (CDU) erklärte, dass der Mais zur Zeit die energiereichste Pflanze sei. Vielleicht könne der Maisan-

bau in fünf Jahren durch noch höher wachsendes Elefantengras abgelöst werden. Doch das wolle dann auch niemand. Man solle nicht gleich schreien, dass das Landschaftsbild durch Maisanbau beeinträchtigt werde. Ganten erklärte, er habe durchaus Sympathien für den Hofbesitzer. Vielmehr gehe es ihm um den Rahmen einer rechtlichen Verpflichtung. Das Elefantengras sei für ihn kein Argument. Bernd Rugen (Die Linke) unterstützte Ganten. Andreas Uphoff (SPD) meinte, dass man behutsam mit dem Thema umgehen sollte. Ernst Orgel (CDU) ergänzte, dass die Landwirte durch den Landschaftsschutz ohnehin „eingeeengt“ würden. Der Ausschuss empfahl dem Rat bei einer Gegenstimme, den Bebauungsplan und die Änderung des Flächennutzungsplans zu beschließen.